Berichtsvorlage
SHA/001/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Sozialausschuss	06.02.2025	öffentlich	Bericht

Betreff:
Drogen-Check als Präventionsmaßnahme - Änderung des Betäubungsmittelgesetzes
Antrag der SPD-Fraktion vom 25.07.2023

Bericht:

Im Sommer 2023 hat der Deutsche Bundestag eine bundesweite Regelung zu Drug-Checking-Modellen beschlossen. Hierdurch ergibt sich nun die Möglichkeit, auf Länderebene durch eine entsprechende Rechtsverordnung Drug-Checking-Modelle einzuführen.

Die Drogenhilfeakteure in Nürnberg befürworten die Einführung eines Modellprojektes im Stadtgebiet, um Gesundheitsgefahren zu minimieren. Die SPD-Stadtratsfraktion stellte im Juli 2023 einen Antrag, der die Verwaltung beauftragte, Gespräche mit dem Freistaat Bayern (Ministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention) zu führen und die Erstellung eines Konzepts im Rahmen des Forschungsverbundes "Nürnberger Drogenhilfemodell" vorzubereiten. Über die Ergebnisse wird vorliegend berichtet.

Bezug zum Orientierungsrahmen für eine inklusive und nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik: Leitlinie 7 - Armut bekämpfen, Teilhabe verwirklichen

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Drug-Checking-Modelle stellen einen Baustein zur Beseitigung von Diskriminierung und Benachteiligungen aufgrund einer Suchterkrankung dar.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐